



Bleser: 'Wir wollen transparente und kontrollierte Holzmärkte'

Bleser: "Wir wollen transparente und kontrollierte Holzmärkte"
 Deutschland und Indonesien verstärken Zusammenarbeit in der Forstwirtschaft
 Der Parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Peter Bleser, hat am Montag den indonesischen Forstminister Zulkifli Hasan zu Gesprächen in Bonn empfangen.
 In diesem Jahr feiern Deutschland und Indonesien das 60. Jubiläum ihrer diplomatischen Beziehungen. Zu den Schwerpunkten der forstpolitischen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern, die seit nunmehr 30 Jahren besteht, zählt die Umsetzung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung und die Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags in Indonesien. Deutschland unterstützt Indonesien unter anderem durch eine Zusammenarbeit bei der Holzidentifizierung. Beim "Fingerabdruck für Holz" werden mit wissenschaftlichen Methoden die Baumart sowie die Herkunft von Holz und Holzprodukten festgestellt, um gegen den Handel mit illegal eingeschlagenem Holz vorgehen zu können.
 Im März 2013 werden neue Gesetze auf europäischer und nationaler Ebene wirksam, die die Vermarktung von illegal eingeschlagenem Holz verbieten und die Marktteilnehmer verpflichten, bestimmte Sorgfaltspflichten einzuhalten. "Dies ist ein entscheidender Schritt, um die Zerstörung von Wald zu stoppen. Wir wollen transparente und kontrollierte Holzmärkte, damit die Wertschöpfung den ehrlichen Marktteilnehmern zugute kommt", sagte Staatssekretär Bleser. Für die Nutzung von Palmöl für die Biokraftstoffproduktion gelten bereits heute verpflichtende Nachhaltigkeitskriterien, die auf europäischem Recht beruhen. "Die nachhaltige Bewirtschaftung und Nutzung ist sowohl bei Holzprodukten als auch bei Palmöl die Grundvoraussetzung für Akzeptanz", sagte Bleser.

 Kontakt:
 Pressestelle
 Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner
 Dienstsitz Berlin, Wilhelmstraße 54, 10117 Berlin
 Telefon: 0 30 / 1 85 29 - 31 74 / - 32 08
 Telefax: 0 30 / 1 85 29 - 31 79
 E-Mail: pressestelle@bmelv.bund.de

Pressekontakt

Pressestelle

10117 Berlin

pressestelle@bmelv.bund.de

Firmenkontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

pressestelle@bmelv.bund.de

Mit Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 22. Januar 2001 wurde das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) zu einem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) umgebildet. Dem neuen Ministerium wurden aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit die Zuständigkeiten für den Verbraucherschutz sowie aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die Zuständigkeit für die Verbraucherpolitik übertragen. Darüber hinaus erfolgte die Verlagerung des Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärwesen (BgVV) in den Geschäftsbereich des BMVEL. Mit der Umorganisation erhält der vorsorgende Verbraucherschutz in Deutschland einen neuen Stellenwert. Dies soll unter anderem auch durch eine neue Landwirtschaftspolitik zum Ausdruck kommen, die den Erwartungen und Bedürfnissen der Verbraucher Rechnung trägt, ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern fördert, den Tierschutz weiterentwickelt und den Grundsatz der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft verankert. Da ein großer Teil der Politikbereiche des Ministeriums gemeinschaftsrechtlichen Regelungen unterliegt, besteht die wichtigste Aufgabe des Ministeriums darin, die vielschichtigen Interessen innerhalb Deutschlands zu kanalisieren und als deutsche Interessenlage in den Meinungsbildungs- und Rechtssetzungsprozess der Europäischen Union einzubringen. Darüber hinaus trägt das Ministerium dafür Sorge, dass Gemeinschaftsrecht in Deutschland ordnungsgemäß angewandt werden kann. Zum Geschäftsbereich des Ministeriums zählen - neben dem neu hinzugekommenen BgVV - unter anderem das Bundessortenamt, zehn Bundesforschungsanstalten sowie die Zentralstelle für Agrardokumentation und -information. Darüber hinaus hat das Ministerium die Aufsicht über vier Anstalten des öffentlichen Rechts, darunter die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.